Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 51 (1972)
Heft: 12

Artikel: Aus der internationalen sozialistischen Bewegung
Autor: Brügel, J.W.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338575

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Dr. J. W. Brügel

Aus der internationalen sozialistischen Bewegung

Sozialistischer Vormarsch in Kanada

In einem so riesigen Land wie Kanada (21 Millionen Einwohner), in dem noch dazu der Grossteil der Bevölkerung nicht so sehr die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit wie die «Jagd nach dem Dollar» im Kopf hat, eine orthodox-sozialdemokratische Partei aufzubauen, war kein leichtes Beginnen. Die kanadische Sozialdemokratie hat ihre in den dreissiger Jahren gegründete Partei zunächst Co-operative Commonwealth Federation (CCF) genannt (nur in der Provinz Quebec, in der die Partei verhältnismässig am schwächsten ist, hat sie sich Sozialdemokratische Partei Kanadas genannt) und heisst seit elf Jahren «Neue Demokratische Partei». Sie ist zweifellos die Mitgliedspartei der Sozialistischen Internationale mit dem grössten Aktionsradius, da ihre 375 000 Mitglieder in einem Territorium leben, das sich zwischen dem Atlantik und dem Pazifik über viele tausend Kilometer erstreckt. In den Wahlkreisen des in vielen Teilen menschenleeren Landes sind die Entfernungen so gross, dass zum Beispiel in Britisch-Kolumbien manche sozialistische Abgeordnete zu Reisen innerhalb ihres Wahlkreises das Flugzeug brauchen.

Es war der Partei vor allem durch ihre Verbindung mit den Gewerkschaften, die den Hauptstock ihrer Mitgliederschaft stellen, möglich, sich bis zur drittstärksten Partei (mit 16,7 Prozent der abgegebenen Stimmen) im Bundesparlament von Ottawa heraufzuarbeiten. Aber die kanadischen Sozialisten, die eine in Europa kaum denkbare Koalition von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, Grossbauern und Intellektuellen darstellen, können auf grosse Erfolge in anderen Bereichen zurückblicken. 1944 konnten die kanadischen Sozialisten die Regierung der Provinz Saskatchewan – ein damals fast ganz landwirtschaftliches Gebiet, doppelt so gross wie die Schweiz, aber nur von einer Million Menschen bewohnt – erobern, und sie haben sie zwanzig Jahre lang regiert. In diesem damals einzigen sozialistisch regierten Land Amerikas (inzwischen ist Guayana in Südamerika dazugekommen, abgesehen von einigen mittelamerikanischen Inseln) haben die kanadischen Sozialisten ein vorbildliches, vielbewundertes und vielverketzertes System der fortschrittlichen Sozial- und Gesundheitsfürsorge aufgerichtet und zugleich den Hauptteil der Bevölkerung, die Farmer, durch garantierte Getreidepreise befriedigt. (Der im Buch eines amerikanischen Professors beschriebene «Agrarsozialismus» von Saskatchewan hat noch keinen europäischen Kommentator gefunden.) 1964 kamen dort wieder die Liberalen an die Macht, aber vor einem Jahr haben die Sozialisten die Regierung dieser im sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg befindlichen Provinz zurückerobert. (Die Bezeichnung «Provinz» ist

insofern irreführend, als die Provinzen in ihrer verfassungsrechtlichen Stellung den schweizerischen Kantonen ähneln.) Fast gleichzeitig ist nach einem grossen Wahlsieg die Neue Demokratische Partei auch in der «Weizenprovinz» Manitoba (etwa so gross und so schwach besiedelt wie Saskatchewan) zur Macht gekommen. Auch dort sind neben Gewerkschaftern die Farmer die Hauptstütze der Partei.

Anders ist es in der westlichsten Provinz Kanadas, dem am Stillen Ozean liegenden Britisch-Kolumbien, fast viermal so gross wie die Schweiz mit immerhin an die zwei Millionen Einwohnern, neben Abkömmlingen europäischer Einwanderer viele Chinesen und Japaner. (In der NDP, Neue Demokratische Partei, sind überall viele «Neu-Kanadier» tätig, der gegenwärtige Parteiführer im Bundesparlament in Ottawa, David Lewis, ist ein in Polen geborener Sohn ostjüdischer Einwanderer.) Es ist eine ziemlich stark industrialisierte Provinz, aber den Sozialisten war es bisher versagt, die führende Rolle zu spielen, wiewohl die sie unterstützenden Gewerkschaften dort stark sind. Die Regierung war zwanzig Jahre lang in den Händen der «Sozial-Kreditler», einer demagogischen Rechtspartei, die im Kielwasser der in den dreissiger Jahren Europa überflutenden faschistischen Welle in Kanada Fuss fassen konnte, wobei sie aus dem Dritten Reich dort bald vergessene Schlagworte wie «Brechung der Zinsknechtschaft» übernahm. Auch in Kanada waren diese demagogischen Phrasen bald vergessen, und die Partei hat heute überhaupt kein richtiges Programm. Sie hat bis jetzt ausser im Bundesparlament nur noch in Britisch-Kolumbien überlebt und konnte – einmal im Amt – bei fünf Wahlen nicht besiegt werden, weil ihr Ministerpräsident Bennett ein höchst populärer Mann war. Aber jetzt ist er ein Siebziger und hat viel von seiner Zugkraft verloren.

Dazu kommt, dass sich wegen der ungenügenden Befassung der Provinzregierung mit der Entwicklung des Schulwesens die Mehrzahl der Lehrer Britisch-Kolumbiens demonstrativ zur Unterstützung der Neuen Demokratischen Partei gemeldet hat. Die beiden «grossen» Parteien Kanadas, die Liberalen und die Konservativen, haben in Britisch-Kolumbien wenig zu sagen, und der Kampf spielt sich vor allem zwischen den Sozialisten und den «Socreds» ab, wie man sie nennt. Bei den diesjährigen Wahlen ins Provinzparlament fielen die Sozialkreditler von 36 auf 9 Sitze zurück, während die Neue Demokratische Partei von 12 auf 38 Sitze aufstieg und damit die parlamentarische Mehrheit eroberte. Der Führer der Sozialisten, der 41jährige David Barrett, hat die Führung der Regierung übernommen, von der man eine fruchtbare sozialistische Initiative erwarten kann.

Inzwischen hat der kanadische Regierungschef Pierre Trudeau (ein Liberaler, der früher zur NDP gehörte) das Bundesparlament vorzeitig aufgelöst und bei der am 30. Oktober abgehaltenen Neuwahl seine Mehrheit verloren – eine natürliche Folge der Untätigkeit seiner Regierung gegen-

über Inflation, Preissteigerungen und Arbeitslosigkeit. Seine konservativen Gegenspieler haben die Wahlen, aber nicht die Mehrheit gewonnen. (Die Liberalen sind ebenso konservativ, wie die Konservativen liberal sind. Es sind gleiche Brüder mit verschiedenen Kappen.) Die eigentlichen Sieger des Wahlkampfes sind aber die Sozialisten, die zum erstenmal ihren Mandatsstand im Bundesparlament von 25 auf 30 erhöhen konnten. Sie haben auch für eine Belebung der politischen Szene in Ottawa gesorgt: einer ihrer neugewählten Abgeordneten ist ein indischer Pilot, der den Flugverkehr im Busch aufrechterhält. An sich könnten entweder die Liberalen oder die Konservativen in einer Koalition mit der NDP regieren, aber der Führer der Sozialisten, David Lewis (an ihm ist auch bemerkenswert, dass er 1970 in dieses Amt berufen wurde, als er schon 61 Jahre alt war), hat sofort erklärt, das komme nicht in Frage, denn die Sozialisten stehen beiden grossen Parteien mit der gleichen Abneigung gegenüber und sehen in den Liberalen kein «kleineres Übel». Für sie ist es günstiger, wenn sie, wie bei früheren Minderheitsregierungen, das Zünglein an der Waage bilden. Sie haben früher die jeweilige Regierung unterstützt, wenn sie etwas Vernünftiges tat, und ihr diese Unterstützung sofort entzogen, sobald sie antisozial handelte.

So wollen sie jetzt wieder vorgehen. Aber in einem politisch durch einen Sprachenkonflikt und wirtschaftlich so zerklüfteten Land wie Kanada kann sich eine Minderheitsregierung nicht lange halten, und so wird es wohl noch vor Jahresfrist wieder Wahlen auf der Bundesebene geben. Das Wahlergebnis vom 30. Oktober war für die Sozialisten ein Triumph: wiewohl sie sich an finanziellen und damit organisatorischen Möglichkeiten – sie haben eine mehr als spartanische Partei – mit Liberalen und Konservativen nicht messen können, haben sie eine feste und beherrschende Stellung erobert. Ihr Ehrgeiz geht freilich weiter. Sie wollen zur Position der zweitstärksten Partei und damit zu der offiziellen Opposition aufrücken, die dann auch einmal die Macht in der Bundesregierung in Ottawa wird übernehmen können.

Sozialistischer Wahlsieg in Singapur

Die südostasiatische Hafenstadt Singapur mit etwa zwei Millionen Einwohnern, lange eine britische Kolonie, ist im Zuge des Entkolonialisierungsprozesses der Nachkriegszeit Bestandteil eines selbständigen Staates, der Föderation von Malaysia, geworden. Die Zusammenlegung einer stark unter sozialistischem Einfluss stehenden Arbeiterstadt mit von reaktionären Herrschern regierten malaiischen Fürstentümern hat sich nicht bewährt, und im Jahre 1965 hat sich Singapur als ein Stadtstaat im Rahmen des Commonwealth selbständig gemacht. Seit 1959 wird Singapur von der sozialdemokratisch ausgerichteten People's Action Party regiert, die mit ihren 10 000 Mitgliedern der Sozialistischen Internationale angeschlossen ist, in der ihr Führer Lee Kwam Yew eine entscheidende Rolle spielt.

Kürzlich haben in Singapur, das die einzige rein sozialdemokratische Regierung Asiens hat (in Israel haben die Sozialisten seit Anbeginn die Führung der Regierung inne, aber es handelt sich immer um Koalitionsregierungen), Parlamentswahlen stattgefunden, bei denen es von allem Anfang an sicher war, dass sie wieder von der People's Action Party gewonnen werden würden. Nicht so sicher war, dass sie wieder alle 65 Parlamentssitze erobern würde wie bei den vorangegangenen Wahlen des Jahres 1968, weil im Gegensatz zu damals sich dieses Mal neben anderen Parteien auch die Kommunisten (unter einer Tarnbezeichnung) zum Kampf stellten. Gegen die Kandidaten der PAP standen die Kandidaten von fünf anderen Parteien, aber keine konnte auch nur ein einziges Mandat erobern, so dass Singapur nicht durch Anwendung von Gewalt, sondern durch die freie Entscheidung der Wähler ein Einpartei-Parlament hat. Die PAP hat 70 Prozent aller Stimmen bekommen, und dieser Sieg ist vor allem der dynamischen Persönlichkeit des Regierungschefs Lee Kwam Yew, eines chinesischen Intellektuellen, zuzuschreiben, der eine der grössten politischen Begabungen in der heutigen Welt darstellt. Singapur hat eine chinesische Mehrheit, was Lee Kwam Yew einen gewissen Vorsprung gibt, aber er stützt sich keineswegs nur auf die Chinesen; er spricht neben seiner Muttersprache ebenso fliessend englisch, malaiisch und «Hokkien» (ein lokaler chinesischer Dialekt) und hat vor allem die Chinesen von Peking verärgert, deren Exponenten in Singapur er ziemlich rauh anzufassen pflegt. Lee Kwam Yew ist ein demokratischer Sozialist, aber er wird nicht müde, seinen europäischen Genossen auseinanderzusetzen, dass man im politischen Klima Singapurs die Gegner, wenn man überleben will, nicht so wie in Europa mit Samthandschuhen angreifen kann. Im Vorjahr hat man ihn auch in Europa bezichtigt, durch Massnahmen gegen oppositionelle Zeitungen die Pressefreiheit einzuschränken und auf diesem Gebiet ein Regierungsmonopol einführen zu wollen. Lee Kwam Yew liess diesen Vorwurf nicht auf sich sitzen und reiste nach Helsinki, um seinen Standpunkt auf der Jahrestagung des Internationalen Presseinstituts zu verteidigen und sie mit den ausserordentlichen Verhältnissen zu erklären, die infolge der terroristischen Methoden der nach Peking orientierten Kommunisten Singapurs in Singapur herrschen. Er würde es wohl selbst begrüssen, wenn sich in Singapur eine verlässliche demokratische Oppositionspartei bilden könnte (die gegenwärtigen Oppositionsparteien gehören auch in diese Kategorie), aber solange er auf der Bildfläche ist, besteht kein Zweifel darüber, wer jede Wahl in Singapur gewinnen muss.